

«Kultur ist eine regionale Aufgabe»

Die Gemeinden können dem Theater nur beschränkt helfen, sagt Heiner Schärner, Präsident der Vorortskonferenz

INTERVIEW: SUSANNA PETRIN

Diejenigen Oberbaselbieter, die dem Theater Basel raten, entweder zu sparen oder neue Finanzierungswege zu finden, sollten das bei sich selber genauso tun. Das fordert Heiner Schärner (FDP), Gemeindepräsident von Therwil und Präsident der Vorortskonferenz.

Baz: Herr Schärner, wenn Sie das Theaterkredit-Unter-Oberbaselbiet-Drama zu einem Fasnachtssujet zusammenfassen müssten, wie würde es lauten?

HEINER SCHÄRNER: «Ein Theater für beide Basel».

Weshalb?

Weil Basel eine einheitliche Kulturregion ist. Der Landkanton braucht auch die in der Stadt angebotene Kultur. Er kann sich nicht auf Männerchöre, Turnvereine, Lottoabende und Laien-Dorftheater beschränken.

Warum ist das Theater Basel für die ganze Region so wichtig?

Wer Kultur konsumiert, wird beglückt und zum Denken angeregt. Und die Kulturschaffenden sind kreative Querdenker, die unsere Gesellschaft dringend braucht. Das Theater Basel ist ganz klar unterstützungswürdig. Jetzt gibt es Stimmen, die nach dem Verursacherprinzip rufen und sagen: Wer ins Theater geht, der soll das selber bezahlen – dann kostet ein Eintritt halt mehrere Hundert Franken. Das finde ich komplett daneben. Es kommt auch niemandem in den Sinn, zu sagen, Eltern sollten für die Schulkosten ihrer Kinder aufkommen. Oder Zugfahrer für jede Strecke den vollen Preis bezahlen. Offenbar halten gewisse Kreise Kultur nicht für eine öffentliche Aufgabe. Davon möchte ich mich vehement distanzieren. Kultur ist eine wichtige Bereicherung für eine freie Gesellschaft, die sich weiterentwickeln will. Ein Dreiparitenthaus auf professionellem Niveau kann nie selbsttragend finanziert werden, auf der ganzen Welt nicht. Der Kanton Baselstad hat nun aber eine Erhöhung der Theatersubvention abgelehnt. Was steht Ihrer Meinung nach nun für das untere Baselbiet auf dem Spiel? Ich bin optimistisch und gehe davon aus, dass dieser finanzielle Engpass überbrückt werden kann. Das Theater braucht nun mehr eigene Einnahmen, etwa durch Sponsoren und leicht erhöhte Eintrittspreise. Zweitens wird es nicht darum herumkommen, doch ein wenig zu sparen. Und drittens zeigt sich Basel-Stadt bereit, mit zusätzlichen Subventionen auszuheilen. Die Vorortsgemeinden können die Stadt in diesem Vorhaben bestärken. Sammelaktionen und symbolische Zusatzbeiträge senden positive Signale. Ab 2015 braucht es dann eine langfristige Lösung.

In Ihrem Bezirk haben gegen 60 Prozent der Einwohner ja zum Theaterkredit gesagt. Eine Mehrheit der Unterbaselbieter will das Theater also stärker unterstützen. Sollten diese Gemeinden nun



Fürs Theater. «Wer Kultur konsumiert, wird beglückt», sagt Heiner Schärner (FDP). Foto Margrit Müller

nicht mehr für das Theater tun, als nur symbolische Beiträge leisten?

Zentrumsfunktionen wie Kultur sind regionale Aufgaben, die man nicht an die Gemeinden delegieren kann. Diese können ihre Beiträge vorübergehend ein wenig erhöhen, aber das kann keine nachhaltige Strategie sein. Baselstad ist ein zentralistischer Kan-

«Unsere Strukturen sind aus Zeiten, als man mit dem Pferd auf die Verwaltung ging.»

ton. Wenn jemand 15 000 Franken Steuern zahlt, gehen grosso modo 5000 an die Gemeinde und 10 000 an den Kanton. Dieses Verhältnis ist schweizweit ein Extremfall. Mit einer solchen Struktur lassen sich nicht immer mehr Aufgaben an die Gemeinden delegieren. Sonst müssten die Gemeinden mit den Steuern rauf und der Kanton mit den seinen runter. Sie sagen, es sei keine Gemeindeaufgabe, das Theater zu unterstützen. Kann es eine Bezirksaufgabe sein?

Das ist sehr heikel. Wenn gewisse Ausgaben bezirksweise verteilt würden, dann müsste man dasselbe auch mit den Steuererhebungen tun. Da kommen wir an einen Punkt, wo wir die ganzen Strukturen unseres Staates in-

frage stellen. Dann müsste man grundsätzlich sagen, dass Kultur neu eine Gemeindeaufgabe ist.

Wäre das für Sie eine Lösung?

Nein, eher ein Rückschritt. Ich denke, dass die Kultur bei den Kantonen gut angedockt ist. Natürlich hat jede Gemeinde zusätzlich ein kleines Kulturbudget.

Aber wenn sich niemand für das Theater verantwortlich fühlt, wird es am Ende eingehen oder zumindest stark an Qualität einbüßen.

So drastisch ist es hoffentlich nicht. Es kann auch mit dem jetzigen Budget überleben. Die Abstimmung ist im Grunde kantonsweit auch deshalb verloren gegangen, weil gesagt wurde, Baselstad könne sich diese Subvention nicht leisten. Als ich neu herkam, hiess es immer: Baselstad hat seine Hausaufgaben gemacht, seine Finanzen im Griff, alles ist in Ordnung. In Basel-Stadt sei dagegen nichts in Ordnung, da mache diese rot-grüne Regierung Defizite. Mit denen wolle sich das Land sicher nicht verbünden. Jetzt hat sich das gekehrt.

In dieser Abstimmung hiess es plötzlich: Wir sind die armen Vettern vom Land. Jetzt wäre es doch für das Land interessant, sich mit den reichen Städten zusammenzutun. Für mich als Zugewanderten ist die Situation Basel-Stadt und Baselstad sowieso ein Anachronismus.

Die Theaterkredit-Gegner haben auf den schlechten Kantonshaushalt verwiesen. Halten Sie das nicht für ein gutes Argument?

Der Kanton Baselstad hat ein Budget von etwa 2800 Millionen Franken. Da ist es lachhaft zu behaupten, wir könnten uns die 4 Millionen jährlich nicht leisten. Es gibt andere Bereiche, bei denen man viel eher sparen könnte. Wenn ich sehe, dass Bushaltestellen für 250 000 Franken pro Strick gebaut werden... Oder das Bruderholzspital abgerissen werden müsste, weil es nicht mehr zeitgemäss sei. Aber es ist einfacher für viele Politiker, über die vier Millionen Franken für das Theater zu bestimmen, als die Budgets der grossen Direktionen auseinanderzunehmen.

Bald findet die nächste Vorortskonferenz statt. Was für Lösungsmöglichkeiten werden Sie als Präsident vorschlagen?

Die Vorortskonferenz ist ein Debatteforum ohne jegliche Kompetenzen. Ich habe Theaterdirektor Georges Dehon kontaktiert und er wäre bereit, bei einer Theaterdebatte dabei zu sein. Unter Umständen wird es auf einen Solidaritätsaufruf hinauslaufen. Aber Beschlüsse fassen muss dann jede Gemeinde selber.

Haben Sie keine Vorschläge, was die Gemeinden sonst noch tun könnten?

Na gut, folgende Idee ist halbwegs meine Erfindung: Die Gemeinden

könnten dem Theater in grösserem Umfang Billerte abkaufen und danach vergünstigt abgeben. So hat man zwei Fliegen auf einen Schlag: Das Theater hat mehr Einnahmen und mehr Zuschauer. Wir machen das in Therwil seit einigen Jahren mit Erfolg. Wir kaufen jeweils für 15 000 Franken Billerte und geben sie zu 40 Prozent des Preises vor Ort weiter. Das ist eine Alternative zur reinen Geldvergabe.

Seit der Theaterabstimmung scheint das Verhältnis zwischen oberem und unterem Baselbiet getrübt.

Ich hoffe nicht, wir sollten uns um ein gutes Verhältnis bemühen. Aber es ist Zeit, die Gemeindestrukturen zu überdenken. Und eigentlich müssten diejenigen Gemeinden, die nur dank Subventionen oder Finanzausgleich überlebensfähig sind, das ein wenig zu spüren bekommen. Eine Mehrheit jener Einwohner sagt, das Theater sollte sich etwas einfallen lassen, um an mehr Geld zu kommen. Genauso können wir den kleinen finanzschwachen Gemeinden sagen: Überlegt euch mal, was ihr ändern könnt, damit eure Finanzlage besser wird.

Was sehen Sie für Verbesserungsmöglichkeiten?

Fusionen. Das ergäbe Synergien. Die heutigen Gemeindestrukturen sind aus Zeiten, als man noch mit dem Pferd auf die Gemeindevverwaltung ging. Ich habe nichts dagegen, wenn jemand in eine abgeschiedene Landgemeinde zieht, in der die Boden- und Immobilienpreise um ein Vielfaches tiefer sind als in Stadtröhre. Aber dann muss diese Beschidenheit auch echt sein. Dann kann er nicht sagen, ich wohne in Buus, will aber alles, was die in Binningen haben, auch.

Einige Gemeindepräsidenten fordern zudem einen neuen Finanzausgleich. Es sollte weniger Geld vom unteren ins obere Baselbiet fliessen, dafür mehr in die Stadt. Befürworten Sie das?

Den heutigen Finanzausgleich versteht man ohne Mathematikstudium kaum mehr. Warum so kompliziert? Ich finde, dass der horizontale Finanzausgleich abgeschafft gehört. Dieser sieht vor, dass die reicheren Gemeinden einen Teil ihrer Steuern in einen Topf geben; daraus wird dann Geld unter den ärmeren Gemeinden verteilt. Eigentlich könnte man das umgehen und nur einen vertikalen Finanzausgleich machen.

Das hiess?

Der Kanton soll etwas mehr Steuern erheben und aus den Mehreinnahmen die armen Gemeinden direkt unterstützen. Hinzu kommt, dass dieser Finanzausgleich nicht zu attraktiv sein darf. Sonst zementiert er überkommene Strukturen. Wenn die Subventionen an strukturschwache Gemeinden so gross sind, dass man sich dort der Illusion hingibt, es gebe keinen Grund, über Veränderungen nachzudenken, dann sind diese sicher zu hoch.